



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Der Bund muss handeln. Bayerns Unternehmen brauchen dringend Steuersenkungen und einen niedrigen Wirtschaftsstrompreis"

19. Oktober 2023

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die Bundesregierung aufgefordert, endlich bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Der Staatsminister reagiert damit auf die Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). Danach beklagen bayerische Unternehmen zu hohe Energiepreise, gestiegene Zinsen, steigende Arbeitskosten, sinkende Nachfrage und eine schwächelnde Weltkonjunktur.

Aiwanger: "Auch wenn Bayerns Wirtschaft besser da steht als die Unternehmen in anderen Bundesländern, besteht dringender Handlungsbedarf durch den Bund. Seit langem fordere ich einen günstigen Wirtschaftsstrompreis von vier Cent, Unternehmenssteuern von maximal 25 Prozent, die Abschaffung der Erbschaftssteuer, ein steuerfreies Einkommen bis 2.000 Euro im Monat und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit."

Zudem müsse der Bund den Bürokratieabbau zeitnah angehen und die Wirtschaft von überflüssigen Vorgaben entlasten. "Die starke bayerische Wirtschaft hat der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine getrotzt. Es darf jetzt nicht sein, dass Wachstum und heimische Arbeitsplätze durch Untätigkeit und falsche Weichenstellungen in Berlin gefährdet werden", kritisierte der Staatsminister.

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 401/23